



Rat der
Europäischen Union

108015/EU XXV.GP
Eingelangt am 15/06/16

Brüssel, den 17. Mai 2016
(OR. en)

8221/16
ADD 1

PV/CONS 20
JAI 316
COMIX 309

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3461. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ UND INNERES) vom 21. April 2016 in Luxemburg**

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

A-PUNKTE (Dok. 7992/16 PTS A 28)

1. Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verfahrensgarantien für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind (erste Lesung) 3
2. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über harmonisierte Verbraucherpreisindizes und den Häuserpreisindex und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates (erste Lesung) 4
3. Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zur Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität (erste Lesung) 5
4. Vorschlag für einen Beschluss des Rates über einen Dreigliedrigen Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung 5

B-PUNKTE (Dok. 7991/16 OJ/CONS 20 JAI 296 COMIX 295)

3. **Europäische Grenz- und Küstenwache:** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004, der Verordnung (EG) Nr. 863/2007 und der Entscheidung 2005/267/EG des Rates (erste Lesung) 6
4. **IT-Systeme für das Grenzmanagement und mehr Sicherheit** (Erste Lesung) 6
 - a) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat – "Solidere und intelligentere Informationssysteme für das Grenzmanagement und mehr Sicherheit"
 - b) Paket "Intelligente Grenzen"
5. Sonstiges 6

*

* * *

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

A-PUNKTE

- 1. Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verfahrensgarantien für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind (erste Lesung)**

PE-CONS 2/16 DROIPEN 4 COPEN 3 CODEC 20

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung und nahm den vorgeschlagenen Rechtsakt gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union an. Im Einklang mit den den Verträgen beigefügten einschlägigen Protokollen nahmen die dänische, die irische und die britische Delegation nicht an der Abstimmung teil. (Rechtsgrundlage: Artikel 82 Absatz 2 Buchstabe b AEUV)

Erklärung Italiens

„Italien begrüßt die Annahme der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verfahrensgarantien für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, als einen weiteren Schritt zur Verwirklichung des vom Rat 2009 verabschiedeten Fahrplans zur Stärkung der Verfahrensrechte von Verdächtigen oder Beschuldigten.“

Italien hat jedoch nach wie vor Bedenken in Bezug auf das Ausmaß des Schutzes, das Kindern in Strafverfahren mit diesem Instrument geboten wird, da Kinder besonders schutzbedürftig sind und es um sehr wichtige Rechte geht. Die besondere Lage von Kindern und die Grundsätze, die sich aus der Charta, der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ergeben, sollten bei der Auslegung der Bestimmungen dieses Instruments im Zentrum stehen. Bei der Umsetzung der Richtlinie wird sich Italien weiter von den hohen Schutzstandards leiten lassen, die seine Rechtsordnung für Kinder in Strafverfahren bereits vorsieht.“

2. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über harmonisierte Verbraucherpreisindizes und den Häuserpreisindex und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates (erste Lesung)

PE-CONS 1/16 ECOFIN 14 UEM 5 STATIS 1 CODEC 14
+ REV 1 (it)

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung bei Stimmenthaltung der österreichischen Delegation und nahm den vorgeschlagenen Rechtsakt gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union an. (Rechtsgrundlage: Artikel 338 Absatz 1)

Erklärung Österreichs

„Österreich geht davon aus, dass Art. 5 Abs. 4 Verordnung über harmonisierte Verbraucherpreisindizes für die Mitgliedstaaten folgendes zu entnehmen ist: Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip können nach Art. 5 Abs. 4 die Mitgliedstaaten eine angemessene Regelung betr. die Aspekte der Methode der Datenerhebung vorsehen, wie z.B. die Bestimmung der erforderlichen Detailebene, die Aggregationsebene und der Häufigkeit der Übertragung von Daten. In Zusammenhang mit dem Ziel, dass mit dieser neuen Form der Datenerhebung gem. Art. 5 Abs. 4 keine zusätzlichen Belastungen für Unternehmen bewirkt werden (Erwägungsgrund 20, gem. Begründung EK zu VO-V sei keine Folgenabschätzung erforderlich!), ist davon auszugehen, dass es hinreichend ist, wenn statistische Einheiten (Unternehmer) im Falle eines Verlangens der nationalen Stellen (wie gemäß bisheriger Datenerhebung) einmal im Monat entsprechende aggregierte Daten - soweit solche elektronisch verfügbar sind - an diese übermitteln und die Mitgliedstaaten entsprechend den Europäischen Initiativen (z.B. Better Regulation, Small Business Act) KMU von der Meldepflicht ausnehmen können.“

3. Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zur Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität (erste Lesung)

PE-CONS 71/15 GENVAL 81 AVIATION 164 DATAPROTECT 233

ENFOPOL 417 CODEC 1698

+ COR 1 (it)

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung und nahm den vorgeschlagenen Rechtsakt gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union an. Im Einklang mit den den Verträgen beigefügten einschlägigen Protokollen nahm die dänische Delegation nicht an der Abstimmung teil. (Rechtsgrundlage: Artikel 82 Absatz 1 Buchstabe d und Artikel 87 Absatz 2 Buchstabe a AEUV)

Erklärung des Rates

„Nach Artikel 2 der PNR-Richtlinie haben die Mitgliedstaaten, die dies wünschen, die Möglichkeit, diese Richtlinie freiwillig auf Flüge innerhalb der EU anzuwenden; dies muss der Kommission mitgeteilt werden.

In Anbetracht der derzeitigen Sicherheitslage in Europa erklären die Mitgliedstaaten, dass sie zu dem in Artikel 18 festgelegten Zeitpunkt der Umsetzung von dieser in Artikel 2 vorgesehenen Möglichkeit gemäß den Bedingungen der Richtlinie in vollem Umfang Gebrauch machen werden.

Die Mitgliedstaaten erklären, dass sie sich – wie vom Parlament gewünscht – dazu verpflichten¹, nach ihrem jeweiligen nationalen Recht die Erhebung von PNR-Daten auf Unternehmen auszuweiten, die keine Fluggesellschaften sind, wie etwa Reisebüros oder Reiseveranstalter, die Dienstleistungen im Zusammenhang mit Reisen – einschließlich Flugbuchungen – erbringen, für die sie PNR-Daten erheben und verarbeiten.“

4. Vorschlag für einen Beschluss des Rates über einen Dreigliedrigen Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung

= Ersuchen um Zustimmung des Europäischen Parlaments

7618/1/16 REV 1 SOC 165 EMPL 107

5820/14 SOC 53

vom AStV (1. Teil) am 13.4.2016 gebilligt

Der Rat einigte sich darauf, den Entwurf für einen Beschluss des Rates über einen Dreigliedrigen Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung in der von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeiteten Fassung (Dok. 5820/14) dem Europäischen Parlament zur Zustimmung zu übermitteln.

¹

In einigen Mitgliedstaaten Gegenstand parlamentarischer Verfahren.

B-PUNKTE

3. **Europäische Grenz- und Küstenwache:** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004, der Verordnung (EG) Nr. 863/2007 und der Entscheidung 2005/267/EG des Rates (erste Lesung)

= Sachstandsbericht

7680/16 FRONT 167 SIRIS 63 CODEC 393 COMIX 270

Der Rat nahm Kenntnis von dem Ergebnis der Aussprache auf der Tagung des Gemischten Ausschusses auf Ministerebene (Dok. 8485/16 JAI 335 COMIX 327).

4. **IT-Systeme für das Grenzmanagement und mehr Sicherheit**

- a) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat – "Solidere und intelligentere Informationssysteme für das Grenzmanagement und mehr Sicherheit"
- b) Paket "Intelligente Grenzen"
- i) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Einreise-/Ausreisesystem (EES) zur Erfassung der Ein- und Ausreisedaten sowie der Einreiseverweigerungsdaten von Drittstaatsangehörigen an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und zur Festlegung der Bedingungen für den Zugang zum EES zu Strafverfolgungszwecken und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 767/2008 und der Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 (erste Lesung)
 - ii) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 2016/399 in Bezug auf die Nutzung des Einreise-/Ausreisesystems (EES) (erste Lesung)

= Orientierungsaussprache

7644/16 JAI 257 COSI 51 FRONT 159 ASIM 49 DAPIX 49 ENFOPOL 86
SIRIS 61 DATAPROTECT 23 VISA 90 FAUXDOC 9 COPEN 96
7675/16 FRONT 165 VISA 91 CODEC 391 COMIX 268
7676/16 FRONT 166 VISA 92 CODEC 392 COMIX 269
7711/16 JAI 264 COSI 54 FRONT 168 ASIM 51 DAPIX 50 ENFOPOL 92
SIRIS 64 DATAPROTECT 24 VISA 93 FAUXDOC 11 COPEN 99

Der Rat nahm Kenntnis von dem Ergebnis der Aussprache auf der Tagung des Gemischten Ausschusses auf Ministerebene (Dok. 8485/16 JAI 335 COMIX 327).

5. **Sonstiges**

Unter diesem Punkt wurden keine Fragen zur Sprache gebracht.